

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu Beginn meiner diesjährigen Haushaltsrede möchte ich mich herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei unter der Leitung von Sven Haarhaus bedanken. Ich möchte mich bedanken für eure Unterstützung bei der Aufstellung des Verwaltungsentwurfs zum Haushalt 2012, aber auch für die unterjährige Arbeit bei der Umsetzung des Haushaltes. Was ihr arbeitet und erarbeitet bleibt oft im Verborgenen, ist aber gleichwohl von großer Bedeutung für die Stadt Lüdenscheid.

Meine sehr geehrte Damen und Herren!

Kaum ein Thema hat in den letzten Monaten die Schlagzeilen und die Öffentliche Diskussion so beherrscht - und in der Folge bei vielen Menschen Verunsicherung, Befürchtungen und Ängste ausgelöst - wie die Krise der Staatshaushalte in Europa und den USA. Die drohende Zahlungsunfähigkeit, der Staatsbankrott, die im Bewusstsein der Allgemeinheit mehr oder weniger untrennbar mit Gedanken an korrupte „Dritte-Welt-Diktaturen“ bzw. vermeinte oder tatsächliche „Bananenrepubliken“ verknüpft sind, wurde inzwischen zur realen Bedrohung auch für Staaten, die nach bisheriger Anschauung über robuste Volkswirtschaften und ein geordnetes staatliches Finanzwesen verfügen.

Gewiss: Die permanent steigende Staatsverschuldung sowie die hieraus resultierende Belastung der Staatshaushalte durch Zins- und Tilgungsleistungen wird von zahlreichen Ökonomen bereits seit Jahren als problematisch eingestuft und teilweise scharf kritisiert. Die hohe Staatsverschuldung bietet aber nur die Grundlage, die Ausgangsbasis, auf der sich weitere Entwicklungen vollzogen haben. Hinzugetreten ist ein internationaler Kapitalmarkt, der in zunehmendem Maß von realwirtschaftlichen Gegebenheiten, also von Ernteerfolgen, der Gewinnung von Rohstoffen, der Produktion und dem Absatz von Gütern, abgekoppelt reagiert. Hinzugetreten sind Kapitalansammlungen, die umfangreich genug sind, Spekulationsgeschäfte gegen ganze Volkswirtschaften in Gang zu setzen. Hinzugetreten ist eine beispiellose Skrupellosigkeit bei der Steigerung des eigenen Profits, selbst wenn hierdurch - etwa infolge von Spekulationen bei Nahrungsmittelpreisen - Menschen verhungern müssen oder - im Zusammenhang mit den Immobilienspekulationen in den USA - der Zusammenbruch des ganzen Bankensystems riskiert wird. Hinzugetreten ist schließlich die Vergrößerung und Optimierung des spekulativen Werkzeugkastens mit immer neuen Finanzierungsinstrumenten, etwa im Bereich der sogenannten Leerverkäufe von Aktien, die in den meisten Fällen die Vorstellungskraft jedes Normalbürgers überschreiten.

Ansätze einzelner Staaten, wenigstens den schlimmsten Auswüchsen dieses entfesselten Kapitalmarktes durch gesetzliche Regelungen Herr werden zu wollen, scheitern teilweise am mangelnden internationalen Einigungsvermögen, teilweise aber auch an der Geschwindigkeit der Veränderungen auf dem Kapitalmarkt. Es ist wie in dem Hase- und Igel-Rennen: ist ein Problem gelöst, sind schon wieder mehrere andere entstanden. Innerhalb der EU kommt anscheinend ein weiteres Problem zum Tragen, das sich etwa in dem widerlich-arrogant daherkommenden Begriff der „Pleite-Griechen“, vor allem in einem Organ der Boulevard-Presse immer wieder gerne verwendet, spiegelt: Es wird der Anschein erweckt, als sei das Problem der zu hohen Staatsverschuldung mit den daraus resultierenden Folgen lediglich das Problem einiger EU-Mitgliedsstaaten, denen man eine sparsame Haushaltsführung und eine geordnete staatliche Finanzwirtschaft ohnehin nie zugetraut hat. Nein, meine sehr geehrte Damen und Herren, bei ehrlicher Betrachtung ist festzustellen, dass es lediglich einen graduellen Unterschied zwischen Griechenland, Spanien, Portugal und Irland auf der einen Seite und etwa Deutschland und Frankreich auf der anderen Seite gibt, aber keinen prinzipiellen. Anders ausgedrückt: Auch Deutschland ist von dem selben Virus angesteckt, lediglich die Krankheitssymptome sind noch nicht ausgebrochen. In diesem Zusammenhang möchte ich lediglich unter Bezugnahme auf die sogenannten Maastricht-Kriterien daran erinnern, dass Deutschland in diesem Jahr zwar die Neuverschuldungsgrenze von 3% wieder unterschreitet, andererseits die Gesamtverschuldung im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung unverändert 80% statt der erlaubten 60% beträgt und die Senkung dieser Gesamtverschuldungsquote wesentlich schwieriger zu erreichen ist als eine Korrektur der Neuverschuldungsquote.

Die Krise der Staatshaushalte geht einher mit einem bemerkenswerten Bedeutungsgewinn der Urteile von Rating-Agenturen, die inzwischen mit ihren Einschätzungen über die tatsächliche oder vermeintliche Bonität einzelner Staaten über die hieran anknüpfenden Zinsentwicklungen milliardenschwere Mehraufwendungen verursachen können. Bitte halten Sie sich vor Augen: Rating-Agenturen sind

- Privatunternehmen,
- die von Banken bezahlt werden
- für ihre Ratings niemandem unmittelbar zur Rechenschaft verpflichtet sind
- und ihre Entscheidungen in einem bestenfalls eingeschränkt transparenten verfahren treffen.

Äußerst bemerkenswert erscheint mir inzwischen das forsche Auftreten der Rating-Agenturen, als wären Sie die Herrscher der Welt: So äußerte sich - einem Bericht von Spiegel-Online vom 08.09.2011 zufolge - der für den Asien-Pazifik-Raum zuständige Manager der Rating-Agentur Fitch zur Situation in Japan: „Um die Ratings auf dem jetzigen Stand zu halten, bräuchten wir einen glaubwürdigen Plan zur Konsolidierung der Finanzen.“ Durch den ergänzenden Hinweis auf eine aktuelle Herabstufungswahrscheinlichkeit von über 50% wird die Messlatte für den erwarteten Konsolidierungsplan festgelegt.

Der dahinter stehende Mechanismus ist ebenso einfach wie bemerkenswert: Will Japan eine Verschlechterung seines Ratings und damit in Folge einen erkennbaren Anstieg der Zinslasten vermeiden, ist die Aufstellung eines umfangreichen Sanierungskonzeptes zwingend erforderlich, über das jedoch letztlich wieder die Ratingagentur nach eigenen Maßstäben urteilen wird.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrte Damen und Herren,

möglicherweise stellen Sie sich nun die Frage, was meine bisherigen Ausführungen eigentlich mit der Einbringung des Verwaltungsentwurfs zum Haushalt 2012 zu tun hat. Um es kurz zu machen: Leider mehr, als uns allen lieb sein kann! Und hierauf möchte ich nun im Folgenden eingehen:

Der Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2012 schließt mit einem Defizit in Höhe von rund 32,3 Mio. Euro, das sind rund 10 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Jeder sechste Euro, den wir aufwenden, kann nur über Kassenkredite bzw. durch Vermögensverzehr gedeckt werden. Bei Fortschreibung der im Finanzplanungszeitraum prognostizierten Entwicklungen ist bereits im Jahr 2019 mit der Überschuldung zu rechnen - in der Privatwirtschaft ein unwiderlegbarer Insolvenzgrund.

Sofern sich die Prognosen auch nur annähernd bewahrheiten, wird die Gesamtsumme der Kassenkredite bereits bis 2014 auf über 100 Millionen Euro angewachsen sein.

Eine solche Verschuldung allein für konsumtive Zwecke, der also keine dauerhaften nutzbaren Wirtschaftsgüter wie bei den Investitionskrediten gegenüberstehen, ist an sich schon bedenklich, müssen doch in späteren Jahren erhebliche Zins- und Tilgungsbelastungen getragen werden.

Eine zusätzliche, dramatische Verschärfung ergibt sich aber aus aktuellen Entwicklungen im deutschen Bankensektor. Lassen Sie mich zur Darstellung dieser Entwicklungen zunächst auszugsweise aus „Results - Das Unternehmer-Magazin der Deutschen Bank“, Ausgabe 3/2010, zitieren, genauer gesagt aus einem Interview mit Jens Michael Otte, dem Leiter des Bereiches „Öffentlicher Sektor Deutschland“.

Erste Frage:

„Aber im Grunde sagt doch jeder deutsche Stadtkämmerer: Alles kein Problem, als Kommune kann ich schließlich nicht pleitegehen und bekomme von jedem Geldgeber Kredit. Das ist doch ein sicheres Geschäft.“

Antwort:

„Ja, natürlich, das stimmt schon. Aber wir müssen auch sehen, wie sich der Markt verändert: In Kalifornien und Italien gab es schon kommunale Insolvenzen. Vielleicht kommen wir auch eines Tages in die Situation, dass ein Stadtkämmerer nicht mehr zahlen kann.“

Zweite Frage:

Aber am Ende erhält dann doch immer noch jede Kommune das Geld, das sie braucht, oder?

Antwort:

„Ja, schon, aber zum Teil eben nicht mehr so einfach und auch zu höheren Konditionen. Wir haben erlebt, was in Griechenland passiert ist, auch das ist ein öffentlicher Kreditnehmer. Keiner weiß, wie in zehn Jahren die Finanzierungssituation für Kommunen tatsächlich aussieht. (...) die Stimmung im kommunalen Kreditmarkt dreht, das Kräfteverhältnis zwischen Kommunen und ihren Geldgebern verschiebt sich.“

Diese Sätze muss man sich einmal in aller Ruhe durch den Kopf gehen lassen:

- Da wird eine kommunale Insolvenz eben mal als eine Option thematisiert, ohne auch nur ein Wort zu den damit verbundenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Folgewirkungen zu finden. Gehören die Kommunen etwa nicht zu den wichtigsten Auftraggebern für das örtliche Handwerk? Ist es wirklich völlig egal, wenn eine Gemeinde ihren Gläubigern die Rechnungen nicht mehr bezahlt? Ist es nicht der Rede wert, wenn Empfänger von Transferleistungen, die hierauf unbedingt angewiesen sind, plötzlich mit leeren Händen dastehen?
- Im letzten Satz des Interviews wird das Verhältnis von Banken und Kommunen auch nicht mehr als „Geschäftsbeziehung“ angesprochen; die Veränderungen am Finanzmarkt werden nicht einmal derart verklausuliert, dass sich der Nachfragermarkt, bei dem einzelnen Nachfragen zahlreiche Angebote gegenüberstehen, zum Anbietermarkt wandelt. Nein, hier wird von „Kräfteverhältnissen“ gesprochen, im Gesamtzusammenhang kommt es mir fast vor, als hätte er „Machtverhältnisse“ gesagt.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

nun mag vielleicht der eine oder andere von Ihnen einwenden, dass man nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen dürfe und sich nicht jede Ankündigung bewahrheite.

Ich muss Ihnen hierzu leider mitteilen, dass wir die angesprochenen Änderungen bereits unmittelbar erleben: Bereits zweimal wurden uns Kassenkredite in zweistelliger Millionenhöhe mit dem Hinweis auf unseren Nothaushalt gekündigt. Bei unseren bundesweiten Ausschreibungen von neuen Kreditaufnahmen ist das Bankeninteresse erkennbar zurückgegangen: Erhielten wir in früheren Jahren oft zehn und mehr Angebote, sind wir inzwischen heilfroh, wenn überhaupt zwei Angebote abgegeben werden. Aufgrund unserer Einstufung als Nothaushaltsgemeinde müssen wir - sofern überhaupt Angebote abgegeben werden - in Zukunft mit „Risikozuschlägen“ rechnen, die angesichts unseres Kassenkreditbedarfs sehr schnell zu Mehrbelastungen von über einer Million Euro pro Jahr führen können.

Dass dies alles keine Zufälle sind und dass die Kommunen nicht mehr als Standard-AAA-Kunden angesehen werden, das können Sie auch daran erkennen, dass die Ratingagentur Fitch, also diejenigen, die - wie eben erwähnt - den Japaner ins Konsolidierungsprogramm hineinreden wollen, dass also diese Ratingagentur im Jahr 2010 in einer umfassenden Studie alle Kommunalhaushalte in NRW untersucht hat. Nach Presseberichten aus dem letzten Jahr wurden 122 der 422 Kommunen als „schwach“ oder „sehr schwach“ eingestuft; führte man Bewertungen auf der Basis des Jahres 2011 durch, dürften die Ergebnisse noch um einiges schlechter ausfallen - man ist versucht zu sagen: Griechenland läßt grüßen. In diesem Sinnen schrieb die Financial Times Deutschland vor einiger Zeit von den nordrhein-westfälischen Kommunen als „viele kleine Griechenlands“.

Im Zusammenhang mit der Aufnahme von Kassenkrediten muss ich Ihnen leider auch gleich einen vermeintlichen Rettungsanker aus der Welt ihrer Vorstellungen entfernen: Unsere örtliche Sparkasse kann uns - angesichts der Höhe des Kassenkreditbedarfs - auch bei allerbestem Willen nicht weiterhelfen; unsere aktuellen Abmachungen mit der Sparkasse reizen die Möglichkeiten bereits bis zur äußersten Grenze aus.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrte Damen und Herren,

wir stimmen sicherlich darin überein, dass wir die Zukunft der Stadt Lüdenscheid und die Entscheidungen darüber, was in Lüdenscheid als wichtig oder als weniger wichtig angesehen wird, nicht den Banken und Ratingagenturen überlassen dürfen. Dies setzt allerdings voraus, dass wir nun endlich spürbare Schritte zur Haushaltskonsolidierung unternehmen. Dies setzt voraus, dass wir - gemeinsam mit den Vertretern der Bezirksregierung - ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept erarbeiten, damit die Stadt Lüdenscheid nicht weiter als Nothaushaltsgemeinde eingestuft wird.

Damit dieses Ziel erreicht werden kann, müssen aber einige in der Vergangenheit immer wieder deutlich gewordene Denk- und Argumentationsmuster durchbrochen werden. Im Einzelnen:

1. Der Verweis auf die Lage anderer Städte oder auf fortgesetzte Konnexitätsverletzungen durch Bund und Land hilft unserem Haushalt zunächst keinen Millimeter weiter und interessiert im Übrigen Banken und Ratingagenturen „nicht die Bohne“. Für die vielerorts bestehenden Haushaltsprobleme gibt es auch eine kommunale Mitverantwortung und der müssen wir uns endlich stellen.
2. Wie der heute vorgelegte Verwaltungsentwurf zeigt, kann allein aus den Effekten einer positiven Konjunkturentwicklung, etwa über den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, die Schlüsselzuweisungen sowie die Gewerbesteuer, keine ausreichende Entlastung erreicht werden.
3. Die Verschiebung von Lasten auf die Zukunft stellt keine Lösung dar, sondern potenziert die zukünftigen Probleme. Dementsprechend muss das Schwergewicht der entlastenden Maßnahmen im HSK in den ersten Jahren liegen.
4. Die Zeiten, in denen mit verwaltungsinternen Optimierungen und Kürzungen Mitteleinsparungen erreicht werden konnten, ohne dass die Auswirkungen für die Bürgerschaft spürbar werden, sind vorbei.
5. Die Aufgabe der Haushaltskonsolidierung erfordert ein enges und vertrauensvolles Zusammenwirken aller Fraktionen; ein jeweils selektives Auswählen im Sinne von: „da mache ich mit“ und „da mache ich nicht mit“ schwächt die Erfolgsaussichten des Gesamtprojekts.
6. Die zu ergreifenden Maßnahmen müssen sich sowohl auf die Ertrags- als auch auf die Aufwandsseite beziehen.
7. Es müssen alle Bereiche des städtischen Haushalts in die Konsolidierungsmaßnahmen einbezogen werden. Damit verbietet es sich gleichermaßen einzelne Bereiche unter eine „Glasglocke“ der Unverzicht- oder Unhinterfragbarkeit zu stellen wie andererseits lediglich den Fokus immer wieder auf einen einzigen Fachbereich zu richten.
8. Sämtliche Beteiligungsunternehmen der Stadt müssen - im Rahmen ihrer Aufgabenstellung und ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit - Beiträge leisten. Bei allem Verständnis und aller Sympathie für das Engagement von Ratsmitgliedern und Sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern für die Belange der Beteiligungsunternehmen müssen die Interessen des Konzerns Stadt vorgehen.
9. Bei allen städtischen Maßnahmen müssen wir noch mehr die Wirkungsorientierung im Auge halten. Es genügt angesichts der knappen Mittel eben nicht mehr, in guter Absicht für eine ehrenwerte Aufgabe Mittel bereitzustellen. Wesentlich mehr als bisher

ist es erforderlich, bei der Mittelbereitstellung Erwartungen hinsichtlich der zu erzielenden Effekte zu formulieren und deren Realisierung auch zu kontrollieren.

10. Die Definition von Zielen darf nicht weiter als lästiges Beiwerk des NKF-Haushaltes verstanden werden, sondern ist eine zentrale Aufgabe der Politik. Nur anhand von Zielen können die angesichts der Haushaltslage zwingend erforderlichen Priorisierungen und Schwerpunktsetzungen erfolgen.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die nächsten Wochen sind für die wirtschaftliche und finanzielle Zukunft der Stadt Lüdenscheid von erheblicher Bedeutung. Unser aller Ziel muss es meines Erachtens sein, gemeinsam mit den Vertretern der Bezirksregierung ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept zu erstellen. Dieses wird es nicht zum Null-Tarif geben, die Folgen werden in der Stadt sichtbar und für viele einzelne spürbar werden. Die Erfahrungen der letzten Jahren haben gezeigt, dass keine irgendwie gearteten Selbstheilungskräfte die städtischen Finanzen wieder gesunden lassen. Die letzten Jahre haben auch gezeigt, dass Beschlüsse, die nur das nachvollziehen, was seitens der Aufsichtsbehörde als völlig unverzichtbar dargestellt wird, nicht ausreichen, die zwingend notwendige strukturelle Verbesserung des Gesamthaushalts zu erreichen. Wir müssen mehr tun und wir müssen es sehr bald tun.

Die Alternative hierzu ist aus meiner Sicht schnell skizziert: Sie bedeutet den weiteren Marsch in die Verschuldung und dies wiederum bedeutet die Ausweitung der Abhängigkeit von Banken und Ratingagenturen.

Ich sage hier in aller Deutlichkeit: Wir dürfen die Zukunft der Stadt Lüdenscheid und das Recht, über die örtlichen Angelegenheiten selbst zu entscheiden, nicht an diejenigen abgeben,

- die mit ihren feinen Geschäften das gesamte Bankensystem an den Rande des Zusammenbruchs geführt haben,
- die Zehntausende ohne jede Rücksichtnahme in den finanziellen Ruin getrieben haben, nur um den eigenen Profit noch mehr zu steigern,
- die nicht davor zurückscheuen, dass Menschen Hunger leiden müssen, weil sie mit ihren Spekulationen mal wieder den Weizenpreis in die Höhe getrieben haben,
- die heute gegen ganze Volkswirtschaften spekulieren und dabei sogar die Beschädigung von Unbeteiligten, wie etwa aktuell die Schweiz, in Kauf nehmen,

ich will nicht, dass wir uns denjenigen ausliefern, denen Du und Ich völlig egal sind, wenn es nur auf ihrem Kontoauszug stimmt.

Tun Sie mein Hinweise auf die Entwicklungen auf dem Kapitalmarkt bitte nicht als „übliches Kämmerergejammer“ oder „berufsbedingte Schwarzmalerei“ ab. Diese Entwicklungen bereiten mir, aber auch zahlreichen Kolleginnen und Kollegen in anderen Städten und Gemeinden die allergrößten Sorgen.

Zuletzt: Bitte ziehen Sie aus der Tatsache, dass wir in der Vergangenheit finanziell manches mal besser durchgekommen sind als befürchtet und sich nicht alle finsternen Ahnungen in vollem Umfang bewahrheitet haben, keine falschen Schlüsse: Könnte man in

solcher Weise immer zutreffend von der Vergangenheit auf die Zukunft schließen, dann wären wir unsterblich.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!